

TITEL:

RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Rechtsextremismus in Deutschland: Definition, Gewalt, Parteien, Einstellungen

Abstract

Der Rechtsextremismus in Deutschland ist ein Thema, das in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stößt. Der Beitrag analysiert nach Ausführungen zum Extremismusbegriff drei Formen des Rechtsextremismus, und zwar mit Blick auf die Gegenwart: den gewalttätigen Rechtsextremismus, den parteiförmigen Extremismus sowie rechtsextremistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung. Während die Gewalttaten und die Stärke des parteiförmigen Extremismus (anhand von Wahlergebnissen, Mitgliedschaften und gesellschaftlichem Einfluss) gut messbar sind, ist dies bei den rechtsextremistischen Einstellungsmustern nicht so einfach. Insgesamt ist der Rechtsextremismus in Deutschland gegenwärtig keine politische Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat, hingegen schon eher eine soziale Gefahr für Leib und Leben der hier lebenden Menschen.

Schlagwörter: Rechtsextremismus, Gewalt mit rechtsextrem motiviertem Hintergrund, rechtsextremistische Parteien, rechtsextremistische Einstellungen

Right-wing extremism in Germany: definition, violence, parties, attitudes

Abstract

Whenever it comes up, right-wing extremism in Germany usually attracts undivided attention by the public, the media and politics. After due consideration of the concept of "extremism", this contribution dissects three contemporary kinds of right-wing extremism: a violent variant, extremist parties, and right-wing extremist attitudes in society. Whereas acts of violence and the strength of right-wing extremist parties (as measured by their electoral results, party membership, and social impact) are easily gaugeable, this

DOI: 10.5771/0934-9200-2017-1-15

does not hold true for the attitudinal facet to right-wing extremism. Having said that, right-wing extremism obviously represents no grave threat to the institutions of constitutional democracy in present Germany. Instead, it continues to pose a serious, long-term social danger to life and limb of many.

Keywords: right-wing extremism, right-wing violence, right-wing parties, right-wing attitudes

A. Einleitung

Der Rechtsextremismus in Deutschland ist in aller Munde, nicht erst seit der Flüchtlingskrise. Das dürfte wesentlich eine Reaktion auf die Verheerungen durch den Nationalsozialismus sein. Immer wieder gibt es Vorgänge, die auf großes Interesse stoßen, so im Jahr 2011 das Aufdecken von zehn Morden vor allen an türkischstämmigen Klein gewerbetreibenden durch eine terroristische Gruppe, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ nannte¹; so im Jahr 2013, als der Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die Nationaldemokratische Partei beim Bundesverfassungsgericht stellte, über den dieses jüngst, am 17. Januar 2017, entschied; so im Jahr 2016, als eine empirisch ausgerichtete Schrift rechtsextremistische Einstellungsmuster ausmachte und mit dem Titel „Ent hemmte Mitte“ aufwartete.²

Alle drei Formen des Rechtsextremismus kommen zur Sprache: der gewalttätige, der organisierte³ sowie der einstellungsorientierte. Im Vordergrund steht Deskription, nicht Analyse. Die Kernfragen lauten: Wie stark ist der Rechtsextremismus in den jeweiligen Bereichen? Besteht eine Gefahr? Für eine bessere Einordnung erfolgt ein knapper Vergleich zum Linksextremismus. Vorangestellt sind der Analyse einige Ausführungen zum Extremismuskonzept und zur Kritik an ihm. Das erscheint sinnvoll, um die Proportionen besser erfassen zu können.

Ausgespart bleiben zwei Formen des Rechtsextremismus, die weit voneinander entfernt sind: der fest organisierte Rechtsextremismus, der Gewalt anwendet, und der Rechtsextremismus, der keine Gewalt anwendet und nicht fest organisiert ist. Zum ersten Punkt: Der Rechtsterrorismus in Deutschland war schwächer als etwa der Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“. Zum zweiten Punkt: Es handelt sich dabei vornehmlich um Intellektuelle, die den demokratischen Staat zu delegitimieren suchen. Beim intellektuellen Diskurs ist Rechtsextremisten nicht annähernd der Durchbruch gelungen. Sie konnten so gut wie niemals einen Einfluss auf die Mehrheitskultur gewinnen und verblieben in ihrem abgeschotteten Milieu. Bedingt auch durch soziale Netzwerke gibt es seit einigen Jahren eine gewisse Intellektualisierung im Rechtsextremismus, die mit dem diffusen Begriff der „Neuen Rechten“ nur unzureichend umschrieben ist.⁴

1 Vgl. Aust/Laabs 2014.

2 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.) 2016.

3 Gemeint ist der parlamentsorientierte, also die Vielfalt der Parteien.

4 Vgl. beispielsweise Weiß 2017 sowie Kopke in diesem Heft.

Alle Facetten des Rechtsextremismus analysiert die einschlägige Wissenschaft⁵, wobei auf diesem Gebiet mitunter ein gewisser Alarmismus vorherrscht. Nicht zur Sprache kommen die Phänomene der „Reichsbürger“, der „Identitären“ und der Protestbewegung Pegida. Alle drei Strömungen machten in den letzten zwei Jahren von sich reden, wobei Pegida eindeutig am besten erforscht ist.⁶

B. Was ist Extremismus?

I. Varianten des Extremismus

Alle politischen Extremismen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen, ihn beseitigen oder einschränken wollen – sei es seine konstitutionelle Komponente (Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz), sei es seine demokratische (Volkssouveränität, menschliche Fundamentalgleichheit).⁷ Alle Varianten des Extremismus negieren demzufolge im Kern die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrparteiensystem und das Recht auf Opposition. Durch die Identitätstheorie der Demokratie, durch Freund-Feind-Stereotype, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewusstsein geprägt, ist er vom Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl besetzt, wähnt sich im Besitz – vermeintlich – objektiv erkannter Gesetzmäßigkeiten, kann die Legitimität unterschiedlicher Meinungen und Interessen schwerlich dulden. Meistens ist auch die Akzeptanz von Verschwörungstheorien für extremistische Bestrebungen charakteristisch: Der eigene Misserfolg wird mit der Manipulation finsterer Mächte erklärt.

Nicht in jedem Fall ist etwa bei einer Organisation klar zu entscheiden, ob es sich um eine extremistische Kraft handelt. In der Theorie scheinen viele Probleme klein, die in der Praxis große Schwierigkeiten bereiten. Schließlich bringen die meisten antidemokratischen Gruppierungen ihre Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates nicht ungeschützt zum Ausdruck. Und umgekehrt kann nicht jede Organisation, die „etablierten“ Kräften „auf die Nerven geht“ und politisch unbequem ist, als verfassungsfeindlich abgetan werden. Es gibt mit Blick auf Organisation, Ideologie und Strategie schwach und stark ausgeprägten Extremismus. Aus der Existenz von Grauzonen lässt sich allerdings nicht die Schlussfolgerung ziehen, der Begriff des Extremismus sei obsolet. Der Extremismus mit seinen höchst unterschiedlichen Varianten stellt eine zentrale Herausforderung des demokratischen Verfassungsstaates dar.

Unter Rechtsextremismus fallen alle strikt antiegalitär ausgerichteten Strömungen – einerseits Rassismus, andererseits Nationalismus. Mit Linksextremismus ist einerseits jene Art des Extremismus gemeint, die alle gesellschaftlichen Übel auf die kapitalisti-

5 Noch immer ein Standardwerk ist der Band von Falter/Jaschke/Winkler (Hrsg.) 1996.

6 Vgl. Rebberg/Kunz/Schlinzig (Hrsg.) 2016; Patzelt/Klose 2016. Zum Forschungsstand Jesse 2017.

7 Vgl. Backes 1989; Backes/Jesse 2006; Bobbio 2006.

sche Klassengesellschaft zurückführt, wie dies beim Kommunismus der Fall ist, oder die andererseits jede Form der Herrschaft ablehnt, wie das für den Anarchismus gilt. Der religiös geprägte Fundamentalismus – etwa in der Form des Islamismus – firmiert als eine eigenständige Form des Extremismus, die sich der gängigen Rechts-Links-Dimension entzieht. Der extremistische Fundamentalismus strebt einen Gottesstaat an (Theokratie). Der „Heilige Krieg“ zielt gegen die westliche Welt. Rechts- und linksextremistische sowie fundamentalistische Kräfte bekämpfen sich oft untereinander. Es gibt keine Homogenität „des“ Rechts-, „des“ Linksextremismus und „des“ islamistischen Extremismus. Dieser Umstand ist Ausdruck eines hohen ideologischen Dogmatismus.

Was Deutschland betrifft, so bestehen zwar ideologische Überlappungen (zum Beispiel beim Kampf gegen Amerika und die Globalisierung), aber eine Kooperation bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates fehlt, auch wenn Repräsentanten von rechts eine solche „Querfront“ bisweilen anstreben.⁸ Die Funktionen von Feindbildern sind mannigfaltig.⁹ Sie dienen u.a. dazu, die Identität von Extremisten zu festigen, die eigene Richtung zu mobilisieren und „zusammenzuschweißen“, den Feind zu dämonisieren. Und sie erhöhen das Selbstwertgefühl. Extremismen benötigen Feindbilder nicht zuletzt, damit sie für das eigene Anliegen Gehör finden. Bei ihnen ist das „Anti“ vielfach stärker entwickelt als das „Pro“. Die Intensität von Feindbildern lässt Rückschlüsse darauf zu, ob die betreffende Gruppierung eher eine harte oder eine milde Form des Extremismus verficht.

Folgender Befund ist kritikwürdig: Der Begriff Extremismus wird teilweise synonym für Radikalismus und Populismus gebraucht. Der Terminus Extremismus ist zur Charakterisierung antidemokratischer Ideologien und Bewegungen besser geeignet – weil weniger konnotativ vorbelastet – als Radikalismus, welcher bis in die erste Hälfte der 70er Jahre offiziell dafür weite Verbreitung gefunden hat (etwa in den Verfassungsschutzberichten). In manchen Ländern kommt diesem Begriff geradezu ein positiver Gehalt zu. Und Populismus, eher negativ konnotiert, zielt vor allem auf die Art und Weise, wie (simpel) eine politische Kraft agi(ti)ert (gegen „die da oben“). Eine extremistische Kraft kann populistisch sein, muss es aber nicht, eine demokratische ebenso. Radikalismus und Populismus können den Begriff des Extremismus nicht ersetzen. Es ist ebenso verwirrend, wie das vielfach geschieht, jene Richtungen, die zwischen demokratisch und extremistisch angesiedelt sind, mit diesen Termini zu bedenken.

II. Streit um den Extremismusbegriff

Extremismus ist ein umkämpfter Begriff.¹⁰ Die Kritik an diesem Begriff und an der einschlägigen Forschung reicht von Detail- bis zu Fundamentalkritik. So heißt es,

⁸ Man denke an den Herausgeber des „Compact“-Magazins Jürgen Elsässer, der sich einst als „Antideutscher“ verstand. Vgl. Lang 2016.

⁹ Vgl. Jesse 2015, 199–224.

¹⁰ Vgl. Fluemann 2017; Ackermann u.a. 2015.

Analysen zum Extremismus seien unterkomplex, staatszentriert, ideologiegesättigt, auf Analogien höchst unterschiedlicher Phänomene bedacht und stark an der als repressiv geltenden streitbaren Demokratie orientiert, also auf den Erhalt des Status quo. Vor allem die vergleichende Forschung zum Extremismus¹¹ – die das Äquidistanzgebot bejaht – ruft viele Einwände hervor. Sie setze gänzlich verschiedenartige Phänomene gleich und relativiere damit den Einfluss rechtsextremistischer Ideologien.¹² Mit der Fixierung auf den „Rand“ gelte die „Mitte“ als „normal“.

Besonders pointiert ist die Kritik bei dem Kölner Politikwissenschaftler *Christoph Butterwegge*: „Wer nach zwei Seiten zugleich schaut, hat nie gezielt und trifft kaum seinen eigentlichen Gegner. Wer gleichermaßen nach links- und rechtsaußen starrt, verliert die Entwicklung in der politischen Mitte als mögliche Hauptbedrohung für die Demokratie zwangsläufig aus dem Blick.“¹³ Was heißt ‚eigentlicher Gegner‘? Und wieso verliert, wer nach links- und rechtsaußen schaut, „die Mitte“ aus dem Blick? Und weshalb ist diese – „die Mitte“ – die „mögliche Hauptbedrohung“? Tatsächlich spielt der vage Begriff der „Mitte“ in der Extremismusforschung keine Rolle. Es geht um die Akzeptanz des demokratischen Verfassungsstaates.

Fluchtpunkt der Überlegungen dieses Autors und anderer prinzipieller Gegner der vergleichenden Extremismusforschung ist die Behauptung, die rechte und die linke Seite des politischen Spektrums werde gleichgesetzt. *Butterwegge* spricht bereits im Titel von einer „falschen Gleichsetzung“. „Extremismustheoretiker setzen Links- und Rechtsextremismus nämlich mehr oder weniger explizit gleich.“ Ein Vergleich, der „Feuer mit Wasser vergleicht und beide womöglich auch noch gleichsetzt“,¹⁴ bringe keinen Erkenntnisgewinn.

Diese Einwände liegen auf der Hand: Zum einen geht es ganz und gar nicht um Gleichsetzung, sondern um Vergleiche mit Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Zum anderen wird nicht Feuer mit Wasser verglichen. Denn die Phänomene weisen bei aller Gegensätzlichkeit strukturelle Analogien auf.¹⁵ Aus der Tatsache, dass der Linksextremismus den Rechtsextremismus bekämpft (und vice versa), folgt nicht, es gäbe keine Feindschaft ohne Nähe. Der demokratische Verfassungsstaat, der oft Rückschläge erlitten hat, ist vielfältig gefährdet. Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat, aber nicht jeder Antidemokrat ein Rechtsextremist.

Gewiss muss jede normative Vorgehensweise berücksichtigen, ob nicht der demokratische Staat erst Probleme verursacht, durch die der Extremismus anwächst. Die mannigfachen Wechselwirkungen zwischen Extremismus und Demokratie werden in der Tat häufig vernachlässigt. Zuweilen begünstigt der demokratische Verfassungsstaat (z. B. durch Korruption) das Reüssieren des Extremismus. Dieser Aspekt kommt bei den folgenden Überlegungen zu kurz. Es wird vor allem auf die Analyse des extremis-

11 Vgl. Backes/Jesse 2006; Jesse/Thieme 2011.

12 Vgl. u. a. Kopke/Rensmann 2000; Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) 2011; Kahmann 2012.

13 Butterwegge 2011, 34.

14 Butterwegge 2011, 34. Siehe ferner ausführlich Butterwegge 2010.

15 Vgl. auch die Kritik an Butterwegge bei Pfahl-Traubhaar 2010.

tischen Phänomens abgestellt – ohne detaillierten Bezug zu den politischen Rahmenbedingungen.

C. Gewalttätiger Rechtsextremismus

Wer den hiesigen gewalttätigen Rechtsextremismus untersuchen will, kann sich auf die Daten in den jährlichen Verfassungsschutzberichten beziehen. Sie basieren auf dem polizeilichen Erfassungssystem „politisch motivierte Gewaltkriminalität“ des Bundeskriminalamtes. Dabei wird nicht jede politisch motivierte Gewalttat auch als extremistisch zugeordnet. Das gilt für rechts wie für links. So gab es 2015 1.485 Gewalttaten von rechts, von denen aber „nur“ 1.408 als Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund galten. „*Es handelt sich um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltpunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.*“¹⁶ Im Vergleich zum Vorjahr (990) nahm diese Zahl stark zu. Es überwiegen deutlich Körperverletzungen (vgl. Tab. 1). Prozentual noch stärker gestiegen sind die Brandstiftungen.

Tab. 1: Gewalttaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund (2014-2015)

Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	8
Körperverletzungen	871	1.116
Brandstiftungen	21	99
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	6	18
Landfriedensbruch	23	42
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	5	10
Freiheitsberaubung	1	0
Raub	8	23
Erpressung	7	7
Widerstandsdelikte	45	84
Sexualdelikte	2	1
gesamt	990	1.408

Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, Berlin 2016, S. 26.

Kurz nach der deutschen Einheit gab es eine massive Zunahme von Gewalttaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund, zumal 1992 und 1993. Die häufig unter Alkoholeinfluss begangenen Taten, vor allem gegen Personen aus anderen Kulturschichten, waren selten langfristig geplant, wie der Messerangriff auf die Kölner Oberbürger-

16 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015 2016, 25.

meisterkandidatin *Henriette Reker* im Oktober 2015, sondern oft von expressiver Gewalt bestimmt (Gewalt um der Gewalt willen).¹⁷ Die Zahl der jährlichen Gewalttaten lag danach meistens unter 1.000. Es ist noch zu früh für die Vorhersage, ob der Trend nach oben zeigt. Die aktuelle Flüchtlingskrise lässt dies befürchten. Bei den Taten, für die in der Regel junge Männer verantwortlich sind, fehlt oft ein krimineller Vorlauf. Es gibt jedoch auch rechtsextremistische Mehrfach- und Intensivtäter.¹⁸ Fast jede zweite rechtsextremistische Gewalttat passiert in den neuen Bundesländern, obwohl hier nicht einmal jeder Fünfte wohnt.¹⁹

Bei den Gewalttaten von rechts überwiegen solche mit fremdenfeindlichem Hintergrund stärker denn je (vgl. Tab. 2). Mehr als jede zweite geht darauf zurück.

Tab. 2: Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund (2014–2015)

Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	7
Körperverletzungen	464	756
Brandstiftungen	16	83
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	5	11
Landfriedensbruch	8	16
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	4	4
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	5	16
Erpressung	2	3
Widerstandsdelikte	6	21
Sexualdelikte	1	1
gesamt	512	918

Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, Berlin 2016, S. 28.

Dies dürfte eine Reaktion auf den großen Zustrom von Flüchtlingen sein. Der Anteil der Gewalttaten gegen Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte stieg von 15 (2014) auf 153, der Anteil der Brandstiftungen von 5 auf 75, wobei Indizien für eine zentrale Planung fehlen. Wie eine empirische Untersuchung für den Zeitraum von 2012 bis 2014 zeigt, bestand augenscheinlich kein direkter Zusammenhang zwischen Demonstrationen gegen Asyl-Unterkünfte und Übergriffen auf solche.²⁰ Dies scheint die These des holländischen Soziologen *Ruud Koopmans* zu bestätigen²¹, die dieser für Westeuropa

17 Vgl. *Backes/Mletzko/Stoye* 2010.

18 Vgl. *Backes u.a.* 2014.

19 Vgl. *Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015* 2016.

20 Vgl. *Wegener* 2016.

21 Vgl. *Koopmans* 1995.

ermittelt hat: Wo der nicht-gewalttätige Rechtsextremismus schwach ist (etwa in Deutschland), ist der gewalttätige stark – und umgekehrt (etwa in Österreich). Offenbar bindet organisierter Rechtsextremismus die gewalttätige subkulturelle Szene stärker ein. Ob das so bleibt? Skepsis ist angebracht, denn die neueste Entwicklung deutet darauf hin, dass rechtsextremistische Exzesse dort oft passieren, wo Demonstrationen von rechtsaußen überproportional häufig stattfinden.

Erst in jüngster Zeit ist der Interaktionsdynamik links- und rechtsextremer Gruppen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt worden.²² Im Vergleich zum Jahr 2014 hat sich die Zahl der Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen (tatsächliche oder vermeintliche) Linksextremisten fast verdoppelt, wobei Körperverletzungen klar dominieren (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten (2014–2015)

Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	1
Körperverletzungen	127	215
Brandstiftungen	1	5
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	4
Landfriedensbruch	5	14
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	1	1
Freiheitsberaubung	1	0
Raub	2	4
Erpressung	0	1
Widerstandsdelikte	1	7
gesamt	139	252

Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, Berlin 2016, S. 29.

Die Gewaltdynamik ist beträchtlich. Wer sie detailliert zu analysieren sucht, muss Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen extremistischen Akteuren und ihrer „Umwelt“ (etablierte Parteien, Medien, Bürgergesellschaft etc.) angemessen berücksichtigen. Das gilt auch für die Gewaltdynamik zwischen Rechtsextremisten und Islamisten.²³

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist seit der deutschen Einheit angestiegen (Ende 2015: 11.800), durch den massenhaften Zustrom von Flüchtlingen 2015 noch einmal. Die Ursachen im Osten sind zum einen in den sozial-ökonomischen Folgen der deutschen Einheit zu suchen, zum andern in den Ursachen der deutschen Tei-

22 Vgl. Backes/Mletzko/Stoye 2010.

23 Vgl. Hansen 2016.

lung: Die DDR war eine wenig weltoffene Gesellschaft. Zum Teil hat die Subkultur der „autonomen Nationalisten“²⁴ – etwa in ihrem militanten Vorgehen – von den „Linksautonomen“ gelernt.²⁵

D. Parteidörfmiger Rechtsextremismus

Die größte – freilich nicht: große – rechtsextremistische Partei ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Gegründet 1964, hatte sie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, zur Zeit einer wirtschaftlichen Rezession und zur Zeit der Studentenbewegung, als deutschationale Kraft, die sich von nationalsozialistischem Ideengut weithin fern hielt, gewisse Erfolge. Sie zog zwischen 1966 und 1968 in sieben Landtage ein. Nach einer langen Durststrecke konnte sie im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends mit ihrem Viersäulenmodell (Kampf um den Wähler, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße, Kampf um den organisierten Willen) etwas reüssieren. So gelangte sie in Sachsen und Mecklenburg zweimal in die Landtage (2004/2009 sowie 2006/2011), ohne dort aber die politische Willensbildung bestimmen zu können. Andere rechtsextreme Parteien waren bereits zuvor zeitweilig in Landtage eingezogen – die Republikaner zweimal in Baden-Württemberg (1992/1996) und die inzwischen (mit der NPD verschmolzen) Deutsche Volksunion zweimal in Brandenburg (1999/2004).

Die vier Säulen, auf die sich die NPD stützt, stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander. Der „Kampf um die Straße“ schreckt Wähler ab. Der NPD (Mitgliederbestand Ende 2015: 5.200) blieben auch im vereinigten Deutschland größere Erfolge versagt (bestes Bundestagswahlergebnis 2005: 1,6%), wobei sie in den neuen Ländern ihre Hochburgen hat. Die Vereinnahmung der lange von Gerhard Frey beherrschten Deutschen Volksunion führte zu keiner Stabilisierung. Die ideologisch zerstrittene Partei ist finanziell und organisatorisch stark geschwächt.

Unter ihrem Vorsitzenden *Udo Voigt* (1996–2011) hatte sich die NPD stark radikaliert, z. B. durch eine enge Zusammenarbeit mit militänten „Freien Kameradschaf ten“.²⁶ Sie propagiert die Idee der „Volksgemeinschaft“ und fordert eine „Ausländerrückführung“ – Integration sei Völkermord – wie eine ersatzlose Streichung des Asylartikels. Weniger antikommunistisch als vielmehr antikapitalistisch ausgerichtet, ist sie völkisch orientiert.²⁷ Zu ihren Feindbildern gehört das politische System der USA. Gegen die seit 2014 von Frank Franz geführte Partei wurde erstmals 2001 ein Verbotsverfahren eingeleitet – von der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat. Aufgrund der Existenz von V-Leuten in der Führungsspitze der Partei stellte das Bundesverfassungsgericht im März 2003 das Verfahren ein.²⁸ Im Dezember 2013 folgte ein

²⁴ Vgl. *Schedler/Häusler* 2011.

²⁵ Vgl. *Brandstetter* 2008.

²⁶ Vgl. *Brandstetter* 2012.

²⁷ Vgl. u. a. *Botsch* 2017.

²⁸ Vgl. *Flemming* 2005.

erneuter Verbotsantrag, diesmal nur durch den Bundesrat. Doch das Bundesverfassungsgericht sprach sich am 17. Januar 2017 gegen ein Verbot dieser geächteten, unbedeutenden²⁹ und politisch isolierten rechtsextremen Kraft aus. Dies kommt keinem Persilschein gleich, und dies ändert nicht einen Deut an ihrer durch und durch extremistischen Ausrichtung. Das Bundesverfassungsgericht belegt den Verstoß der NPD gegen die Menschenwürde (mit der ethnisch-homogen interpretierten „Volksgemeinschaft“), ihre Verletzung des Demokratieprinzips, erkennbar etwa im sozialrevolutionären Selbstverständnis, ihre Verwandtschaft zum Nationalsozialismus (z. B. im Rückgriff auf dessen Vokabular und Symbolik). Den Nachweis, die NPD strebe gemäß ihrer Ziele und dem Verhalten ihrer Anhänger nicht nur eine Beeinträchtigung, sondern auch eine Beseitigung der freiheitlichen Ordnung an, erbringt das Gericht überzeugend. Gleichwohl teilte es keineswegs die Position des Bundesrates: Zwar verfolge die Partei ihre verfassungsfeindlichen Ziele planvoll, aber sie habe weder Aussicht, diese durchzusetzen noch gebe es hinreichende Anzeichen für eine massive Beeinträchtigung der Freiheit: wegen der Misserfolge bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, des bescheidenen Organisationsgrades der NPD, ihrer wenig entfalteten Kampagnenfähigkeit, ihrer niedrigen gesellschaftlichen Wirkkraft und Reichweite.

Wäre die NPD, die neonationalsozialistische Züge trägt, wobei manche Neonationalsozialisten die Partei wegen ihres als passiv empfundenen Auftretens wieder verlassen haben³⁰, verboten worden, hätten für ihre Anhänger gleich zwei Mini-Parteien als Auffangbecken bereit gestanden: die 2012 gegründete Partei „Die Rechte“ unter *Michael Worch*, die mittlerweile über etwa 650 Mitglieder verfügt, und der 2013 ins Leben gerufene „III. Weg“ unter *Klaus Armstorff* mit 300 Mitgliedern. Beide Gruppierungen sind ähnlich rechtsextremistisch orientiert wie die NPD und noch unbedeutender.³¹ Davon zeugen ihre „Wahlerfolge“: „Die Rechte“ trat bei der Bundestagswahl 2013 in ihrer Hochburg Nordrhein-Westfalen an, wo sie 0,0% der Stimmen erzielte. Bei der Wahl zum Europaparlament 2014 gelang es ihr nicht einmal, genügend Unterstützerunterschriften für die Teilnahme an der Wahl zu gewinnen. „Der III. Weg“ erreichte bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl 2016 0,1% der Stimmen. Beide Gruppierungen, die Vollmundigkeit an den Tag legen, obwohl dies durch die Wirklichkeit nicht gedeckt ist, wollen mit ihrer Wahlteilnahme das Parteienprivileg erlangen: Eine Partei kann im Gegensatz zu einer Vereinigung nur durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden.

Von anderem Kaliber – etwas einflussreicher und weniger offen rechtsextremistisch – ist die 2005 gegründete „Bürgerbewegung pro Deutschland“.³² Durch Islamfeindlichkeit gekennzeichnet, wendet sie sich unter ihrem Vorsitzenden *Manfred Rouhs* gegen den Bau von Moscheen, tritt aber gemäßigter auf als die genannten drei Parteien. Am besten schnitt sie bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus mit

29 Vgl. *Meier* 2015; *Brandstetter* 2017.

30 Vgl. *Thein* 2009.

31 Vgl. *Brandstetter* 2016.

32 Vgl. *Hartleb* 2012.

1,2% im Jahre 2011 ab. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte sie bloß 0,2% der Stimmen. Im Gegensatz zu den anderen rechtsextremistischen Parteien agitiert sie nicht antisemitisch, gibt sich geradezu proisraelisch.

Insgesamt stellt der organisierte Rechtsextremismus (Tab. 4), der kaum Personen mit intellektueller Ausstrahlung aufweist, keine Gefahr für die freiheitliche Demokratie dar. Er ist gesellschaftlich weithin geächtet und übt keine Anziehungskraft auf mit den hiesigen politischen Verhältnissen Unzufriedene aus. Die Mehrheitskultur steht dem organisierten Rechtsextremismus strikt ablehnend gegenüber.

Tab. 4: Rechtsextremismuspotenzial (2014-2015)

	2014	2015
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	7.200	8.200
Neonationalsozialisten	5.600	5.800
In Parteien	6.850	6.650
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	5.200	5.200
DIE RECHTE	500	650
Bürgerbewegung pro NRW	950	500
Der III. Weg	200	300
In sonstigen rechtsextremistischen Organisationen	2.500	3.200
Summe	22.150	23.850
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	21.000	22.600
Davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	10.500	11.800

Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, Berlin 2016, S. 45.

Exkurs: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland ist zwar keine rechtsextremistische Partei, die auch nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird, doch erscheint ein Hinweis auf sie sinnvoll, weil sie von der Flüchtlingskrise massiv profitiert.³³ Gegründet zu Anfang des Jahres 2013, scheiterte sie bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr mit 4,7% der Stimmen knapp an der Fünfprozentürde. Sie war zunächst euro(pa)kritisch ausgerichtet, nach der Abwahl Bernd Lucke dominiert unter Frauke Petry und Jörg Meuthen eine migrationskritische Position, die auf viel Zustimmung stößt. Der elektorale Erfolg war so nicht vorauszusehen. Die populistische Partei, die sich gegen „die Elite“ wendet, zog von 2014 an in alle Landtage ein, meistens mit zweistelligen Ergebnissen. Das beste Resultat erreichte sie im März 2016 mit 24,3% in Sachsen-Anhalt – sie war damit fast doppelt so stark wie die SPD. In Mecklenburg-Vorpommern schnitt die AfD mit 20,8% im September 2016 besser als die CDU ab. In soziokultureller Hinsicht ist sie

33 Siehe dazu auch Kopke und Virchow (in diesem Heft).

klar eine Partei der Anti-68er, in sozioökonomischer Hinsicht gibt es wirtschaftsliberale wie staatsinterventionistische Strömungen.

Die Erfolge der Partei führten nicht zu einer Mäßigung, sondern eher zu einer Radikalisierung.³⁴ Gerade in erfolgreichen Landesverbänden wie Sachsen-Anhalt und Thüringen dominieren mit André Poggenburg und Björn Höcke Kräfte, die sich in der Abgrenzung von rechtsextremen Ideologien schwer tun. Keine etablierte Partei will mit der AfD zusammenarbeiten. Offenbar vollzieht sich mit ihrem Aufkommen eine Entwicklung, die in anderen Ländern Europas längst Wirklichkeit geworden ist. Es fällt schwer, die Zukunft der Partei zu prognostizieren. Ob sie sich – mit ihrem Alleinstellungsmerkmal „deutsche Identität“ – etablieren wird wie die Partei der Grünen?

E. Rechtsextremistische Einstellungen

Die „Mitte“-Studien, die rechtsextremistische Einstellungen zu orten suchen, sorgen in der Öffentlichkeit für Furore. Seit 2002 publizieren Leipziger Wissenschaftler unter der Ägide *Elmar Brählers* und *Oliver Deckers* alle zwei Jahre ihre empirischen Ergebnisse, von 2006 bis 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit 2016 in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung.³⁵ Das Bielefelder Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, dem *Andreas Zick* vorsteht, veröffentlicht seit 2014 „Mitte“-Studien mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung.³⁶ Dabei knüpft es an das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ *Wilhelm Heitmeyers* an, der von 2002 bis 2012 Jahr für Jahr die Ergebnisse unter dem Titel „Deutsche Zustände“ herausgegeben hat.³⁷

Kaum ein Begriff ist so häufig missverständlich rezipiert worden wie der von *Seymour Martin Lipset* geprägte Terminus vom „Extremismus der Mitte“.³⁸ Dessen Kernthese lautet, in jeder sozialen Schicht seien neben demokratischen Positionen auch extremistische beheimatet. Die demokratische Variante der Mittelschicht sei der Liberalismus, der „Extremismus der Mitte“ der Faschismus. Der Begriff des „Extremismus der Mitte“ kam erneut im Zusammenhang vor allem mit fremdenfeindlichen Ausschreitungen und den Erfolgen rechtsextremer Parteien in der ersten Hälfte der 1990er Jahre

³⁴ Vgl. *Häusler* 2016.

³⁵ Zuletzt *Decker/Kiess/Brähler* (Hrsg.) 2014; *Decker/Kiess/Brähler* (Hrsg.) 2016.

³⁶ Vgl. *Zick/Klein* 2014; *Zick/Küpper/Klein* 2016.

³⁷ Vgl. *Heitmeyer* (Hrsg.) 2002–2012. Zum Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die das Ausmaß an Ungleichwertigkeit messen soll, gehören Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung von asylsuchenden Menschen, Abwertung von homosexuellen Menschen, Abwertung von wohnungslosen Menschen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen sowie Etabliertenvorrechte. Der Osten Deutschlands weist bei den meisten Facetten eine größere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf, die ältere Generation ebenso. Gleicher gilt für die Gruppe der Einkommensschwächeren wie die der niedrig Gebildeten.

³⁸ Vgl. *Lipset* 1959.

auf. Wer vom Extremismus der Mitte spricht, wie dies teilweise in den „Mitte“-Studien geschieht, entgrenzt den Extremismus-Begriff und macht ihn unbrauchbar. Unabhängig davon liefern derartige Studien reichhaltiges empirisches Material für den Nachweis rechtsextremistischer Einstellungsmuster.

Tab. 5: Fragebogen zu rechtsextremistischen Einstellungen auf Item-Ebene (in %)

Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur	
(1)	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
(2)	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
(3)	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
Chauvinismus	
(4)	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
(5)	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
(6)	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.
Ausländerfeindlichkeit	
(7)	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
(8)	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
(9)	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
Antisemitismus	
(10)	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
(11)	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
(12)	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
Sozialdarwinismus	
(13)	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
(14)	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
(15)	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
Verharmlosung des Nationalsozialismus	
(16)	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
(17)	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
(18)	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Quelle: Zick/Küpper/Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 124.

Tab. 6: Antworten zu den Items (in %)

	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, stimme teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur					
(1)	80,6 (60,5)	7,7 (15,2)	7,3 (17,6)	2,5 (4,9)	1,9 (1,8)
(2)	55,7 (37,9)	10,1 (17,0)	11,0 (23,2)	9,3 (14,7)	13,9 (7,2)
(3)	76,3 (56,8)	6,9 (17,9)	4,5 (14,7)	4,5 (7,4)	7,7 (3,2)
Chauvinismus					
(4)	32,8 (20,6)	11,5 (14,9)	16,3 (29,1)	17,9 (22,8)	21,4 (12,6)
(5)	47,2 (28,1)	13,8 (16,9)	19,2 (28,8)	10,1 (17,8)	9,6 (8,4)
(6)	51,7 (32,3)	14,8 (18,9)	17,0 (26,9)	7,8 (15,5)	8,6 (6,4)
Ausländerfeindlichkeit					
(7)	41,6 (18,2)	17,3 (15,5)	25,9 (34,2)	8,0 (20,4)	7,3 (11,7)
(8)	68,3 (26,8)	11,2 (19,7)	10,0 (27,4)	4,6 (15,1)	5,8 (11,0)
(9)	54,3 (22,4)	14,6 (16,1)	13,0 (27,7)	8,9 (20,6)	9,2 (13,3)
Antisemitismus					
(10)	73,8 (44,3)	12,0 (23,7)	6,9 (21,1)	3,5 (8,4)	3,8 (2,6)
(11)	76,1 (51,0)	11,0 (20,6)	7,5 (18,9)	2,5 (8,1)	2,8 (1,4)
(12)	77,8 (50,6)	9,7 (21,7)	7,3 (18,1)	3,0 (7,8)	2,2 (1,9)
Sozialdarwinismus					
(13)	70,9 (49,6)	11,9 (22,6)	9,0 (19,4)	4,6 (6,6)	3,6 (1,8)
(14)	74,8 (47,9)	9,7 (19,5)	7,9 (20,7)	3,6 (9,6)	4,0 (2,4)
(15)	82,0 (65,2)	4,9 (11,6)	5,7 (13,7)	2,6 (6,7)	4,7 (2,8)
Verharmlosung des Nationalsozialismus					
(16)	74,5 (61,6)	9,4 (18,2)	8,1 (14,5)	4,6 (4,2)	3,5 (1,5)
(17)	73,4 (56,7)	10,0 (21,1)	8,0 (15,8)	4,9 (5,1)	3,7 (1,3)
(18)	66,8 (52,2)	9,9 (18,9)	12,3 (20,5)	5,7 (6,5)	5,3 (1,9)

Quelle: Zick/Küpper/Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 125; Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 30 f. (Zahlen in Klammern).

Ein Vergleich zwischen den „Bielefeldern“ und den „Leipzigern“ bietet sich an. Die rechtsextremen Einstellungen werden seit Jahren aufgrund der “Konsensdefinition“ ei-

niger Wissenschaftler³⁹ mit Hilfe von denselben sechs Dimensionen gemessen (Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus), bei denen die Befragten zu jeweils drei Aussagen (vgl. Tab. 5) mit „lehne völlig ab“, „lehne überwiegend ab“, „stimme teils zu, stimme teils nicht zu“, „stimme überwiegend zu“, „stimme voll und ganz zu“ antworten können.

Der Vergleich der Daten (vgl. Tab. 6) zeigt Übereinstimmungen, aber auch beträchtliche Unterschiede. So lehnen die Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ in der Bielefelder Studie 68,3% völlig ab, bei den „Leipzigern“ jedoch nur 26,8%. Wer alle 18 abgefragten Items vergleicht, kommt in der Kategorie „lehne völlig ab“ zu Abweichungen mit im Schnitt über 20 Prozentpunkten. Erhellt dieses Zahlengewirr die Grenzen empirischer Forschung? Gravierende Unterschiede springen demzufolge auch bei den einzelnen sechs Dimensionen ins Auge. Das gilt zumal für das Ausmaß an Ausländerfeindlichkeit (vgl. Tab. 7). Sie beträgt bei den „Leipzigern“ 20,4%, bei den „Bielefeldern“ 7,7%. Was stimmt?

Tab. 7: Rechtsextremistische Einstellungen in West- und Ostdeutschland 2016 (in %)

	gesamt		Ost		West	
Befürwortung Diktatur	3,6	(5,0)	4,9	(7,6)	3,1	(4,3)
Chauvinismus	12,5	(16,7)	14,9	(14,2)	11,6	(17,4)
Ausländerfeindlichkeit	7,7	(20,4)	9,6	(22,7)	7,2	(19,8)
Antisemitismus	2,4	(4,8)	3,1	(4,1)	2,3	(5,0)
Sozialdarwinismus	2,0	(3,4)	2,4	(5,0)	1,8	(3,0)
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,0	(2,1)	4,7	(1,4)	1,6	(2,2)

Quelle: Zick/Küpper/Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 130; Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 37f. (Zahlen in Klammern).

Insgesamt fallen die rechtsextremistischen Einstellungen bei den „Bielefeldern“ niedriger (2014: 2,4%; 2016: 2,8%) als bei den „Leipzigern“ aus (2014: 5,7% 2016: 5,4%). Der Osten schneidet bei den einen wie der anderen Forschungsgruppe schlechter ab (vgl. Tab. 8). Was auffällt: Im Vergleich zu früheren Erhebungen ist die Rate der rechtsextremistischen Einstellungen krass gesunken. So lag sie 2012 bei neun Prozent (Ost: 15,8%; West: 7,3%).

³⁹ Zu ihnen gehörten u. a. Elmar Brähler (Leipzig), Jürgen W. Falter (Mainz), Oskar Niedermayer (Berlin) und Richard Stöss (Berlin). Vgl. für Einzelheiten Kreis 2007.

Tab. 8: Zustimmungen zum Gesamtindex rechtsextremistischer Einstellungen 2002-2016 (in %)

	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	
Gesamt	9,7	9,8	8,6	7,6	8,2	9,0	5,7	(2,4)	5,4 (2,8)
Ost	8,1	8,3	6,6	7,9	10,5	15,8	7,4	(2,5)	7,6 (5,9)
West	11,3	10,1	9,1	7,5	7,6	7,3	5,9	(2,3)	4,8 (2,3)

Quelle: Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 48; Zick/Küpper/Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 139 (Zahlen in Klammern).

Nun wäre angesichts des massiven Zustroms an Flüchtlingen und der stark gestiegenen Präferenzen für die AfD im Jahre 2016 ein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen. Einstellungen und Verhalten sind aber nicht identisch. Vereinfacht ausgedrückt ist Rechtsextremismus ein Unterschichtenphänomen, wie die Analyse demografischer Gruppen in den Untersuchungen erhellt, also kein Phänomen der Mitte, nicht der sozialen Mitte, nicht der politischen Mitte.

Es mag zweifelhaft sein, ob sich mit diesen Items rechtsextreme Einstellungen hinreichend messen lassen.⁴⁰ Dass dies nicht genau sein kann, belegen ohnehin die zum Teil gravierenden Unterschiede bei den beiden Befragungen. Bei „weichen“ Indikatoren geht das einschlägige Einstellungspotential nach oben, bei „harten“ Indikatoren nach unten. Allerdings wird der Vergleich durch regelmäßige Befragungen mit denselben Erhebungsmethoden, wie dies hier geschieht, gut ermöglicht.

F. Vergleich zum Linksextremismus

Während der Großteil der Gewalttaten von rechtsaußen eher spontan geschieht, ist die Szene von linksaußen durch ein weit höheres Maß an Planungsintensität gekennzeichnet. Unterschiede in der Tatspezifizität (der prozentuale Anteil der Körperverletzungen ist rechtsaußen höher, derjenige der Landfriedensbrüche linksaußen) gehen z. T. auf die unterschiedliche soziale Charakteristik der Akteure zurück: niedrigeres Durchschnittsalter, niedriger Bildungsstand, stärkeres männliches Übergewicht und größere Neigung zu körperlicher Gewalt rechtsaußen. Die Gewalt von links ist stärker instrumentell bestimmt (Gewalt als Mittel zum Zweck). Beim „Kampf gegen den Faschismus“ ist Gewaltanwendung aus Sicht der Autonomen legitimiert. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten lag 2015 mit 1.606 etwas höher als die der rechtsextremistisch motivierten. Die meisten von ihnen richteten sich gegen die Polizei. Der Verfassungsschutz zählt zu den gewaltbereiten Linksextremisten 7.700 Perso-

40 Vgl. zur Kritik Jesse 2015, 235 ff.

nen (Ende 2015). Die Gewalttaten von Linksextremisten gegen (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten nahmen in den letzten Jahren stark zu (2015: 833).⁴¹

Die Ergebnisse für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) sind vernachlässigbar; sofern die beiden Parteien bei Wahlen überhaupt antreten, kommen sie meist nicht über 0,1% der Stimmen hinaus. Hingegen ist die Partei Die Linke von ganz anderem Gewicht, zum Teil sogar in Landesregierungen vertreten – entweder als Juniorpartner (wie in Brandenburg seit 2011 und Berlin seit 2016) oder sogar als Seniorpartner (wie in Thüringen seit 2014). Demokratietheoretisch dürfte sie etwa so einzuordnen sein wie die AfD.

Die Forschung zum „Rechtsaußenpotenzial“ ist deutlich besser ausgeprägt als die zum „Linksaussenpotenzial“. In jüngster Zeit hat vor allem *Viola Neu* den Versuch unternommen, für beide Dimensionen eine Extremismuskala zu entwickeln.⁴² Ein neues empirisches Werk kommt zu dem folgenden Befund: 4% der Bevölkerung wiesen ein weitgehend geschlossenes und 13% ein überwiegend geschlossenes linksextremistisches Gesellschafts- und Weltbild auf.⁴³ Die an den „Mitte“-Studien geübte Kritik lässt sich naturgemäß auf dieses Zahlenmaterial anwenden.

Wie der knappe Vergleich deutlich gemacht haben sollte, ist Extremismus kein Alleinstellungsmerkmal nur eines politischen Lagers. Der Linksextremismus unterscheidet sich in der Größenordnung nicht gravierend von der des Rechtsextremismus. Wer auf diesen Sachverhalt hinweist, will nicht den einen gegen den anderen Extremismus ausspielen. Rechtsextremismus wird nicht dadurch weniger schlimm, dass es auch Linksextremismus gibt. Im Übrigen ist, wie erwähnt, weder „der“ Rechts- noch „der“ Linksextremismus eine Einheit.

G. Fazit

Extremistische Kräfte suchen den Eindruck hervorzurufen, der demokratische Verfassungsstaat müsse vor den drängenden Problemen der Gegenwart kapitulieren – sei es Arbeitslosigkeit, sei es Zuwanderung. Die politische Kultur in Deutschland scheint so gefestigt, dass die Gefahr durch extremistische Erfolge für den demokratischen Verfassungsstaat auf längere Dauer kleiner geworden ist.⁴⁴ Auch wenn die Zahl der Rechtsextremisten zugenommen hat: Eine offene Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland ist durch Extremismus in ihrer Stabilität nicht gefährdet, nicht durch seine rechte, nicht durch seine linke, nicht durch seine fundamentalistische Variante.

Die Themen Asyl, Migration, Flüchtlinge und Kriminalität bieten allerdings eine gewisse Anschlussfähigkeit für das „nationale Lager“. „Neonazis, rechtsextremistische Parteien und Kräfte aus dem rechtspopulistischen beziehungsweise -intellektuellen

⁴¹ Vgl. für die Angaben zu linksextremistischer Gewalt: *Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015/2016*, 31–35.

⁴² Vgl. *Neu* 2009.

⁴³ Vgl. *Schroeder/Deutz-Schroeder* 2015.

⁴⁴ Vgl. *Jesse* (Hrsg.) 2015.

*Spektrum, die teilweise über eine breite organisationspolitische Erfahrung, ideologische Konzepte und eine alternative Publizistik verfügen, erhöhen somit die Gefahr, dass sich aufgrund ihrer scharfen Anti-Asyl-Agitation eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung formt.*⁴⁵ Gewiss, diese Befürchtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist nicht von der Hand zu weisen. Derartige Gelegenheitsstrukturen gibt es, doch die überaus dürftigen Angebotsstrukturen von rechtsaußen scheinen für die Herbeiführung einer Krise zu schwach zu sein.

Weder vor noch nach der deutschen Einheit spielte der parlamentsorientierte Rechtsextremismus eine nennenswerte Rolle.⁴⁶ Er ist deutlich schwächer als in den meisten Staaten Europas. Anders sieht der Befund aus, wird die Gefahr für Leib und Leben betrachtet. Hier dürfte der hiesige gewalttätige Rechtsextremismus stärker sein.⁴⁷ Was die rechtsextremen Einstellungen betrifft, so ist eine vergleichende Einschätzung schwierig, ob sie hoch oder wenig hoch sind. In jeder offenen Gesellschaft existiert ein Bodensatz an Personen mit derartigen Orientierungen.

Der Rechtsextremismus ist im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt als im Westen. Das gilt für den gewalttätigen Rechtsextremismus, den organisierten Rechtsextremismus und für die rechtsextremistischen Einstellungsmuster. Die Gründe sind situations- (die wirtschaftliche Lage ist in den neuen Bundesländern nach wie vor prekärer) und sozialisationsbedingt (die abgeschottete DDR war wahrlich kein Hort des Multikulturalismus).

Unabhängig davon, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Schönwetterdemokratie (mehr) ist: Es verbietet sich, von „Volksfeinden“ und von „Volksverrätern“ zu sprechen, den „Volkstod“ an die Wand zu malen und „Widerstand“ zu propagieren. Wer dies tut, setzt sich ins Unrecht. Umgekehrt gilt aber auch: Nicht jeder Kritiker der „Willkommenskultur“ darf in die „rechte Ecke“ geschoben werden. Eine derartige Stigmatisierung ruft zum Teil erst das Nicht-Gewünschte hervor.

⁴⁵ *Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015 2016*, 42.

⁴⁶ Vgl. etwa Botsch 2012.

⁴⁷ Leider fehlen verlässliche Statistiken, die einen sauberen Vergleich erlauben.

Literatur

- Ackermann u.a. (2015) Metamorphosen des Extremismusbegriffes
- Aust/Laabs (2014) Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU
- Backes (1989) Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten
- Backes u.a. (2014) Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen
- Backes/Jesse (Hrsg.) (1989-2008) Jahrbuch Extremismus & Demokratie
- Backes/Gallus/Jesse (Hrsg.) (2009 ff.) Jahrbuch Extremismus & Demokratie
- Backes/Jesse (2006) Vergleichende Extremismusforschung
- Backes/Mletzko/Stoye (2010) NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich
- Bobbio (2006) Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung
- Botsch (2012) Die extreme Rechte in der Bundesrepublik 1949 bis heute
- Botsch (2017) Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfeldes
- Brandstetter (2008) Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Backes/Jesse (Hrsg.) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, 185-203
- Brandstetter (2012) Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie
- Brandstetter (2016) Parteigründungen als Reaktionen auf staatliche Verbote: „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“, in: Backes/Gallus/Jesse (Hrsg.) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, 188-206
- Brandstetter (2017) Zu bedeutungslos für ein Verbot. Die Entwicklung der NPD seit 2013
- Butterwegge (2010) Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Pfahl-Traughber (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 33-60
- Butterwegge (2011) Linksextremismus = Rechtsextremismus? Konsequenzen einer falschen Gleichsetzung, in: Birsl (Hrsg.) Rechtsextremismus und Gender, 29-41
- Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.) (2014) Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014
- Decker/Kiess/Brähler (Hrsg.) (2016) Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016

Falter/Jaschke/Winkler (Hrsg.) 1996 Rechtsextremismus (PVS-Sonderheft 27)

Fluemann (Hrsg.) (2017) Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus

Flemming (2005) Das NPD-Verbotsverfahren. „Vom Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011) Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells

Hansen (2016) „Hooligans gegen Salafisten“ zwischen Fußball und Rechtsextremisten. Eine Analyse zu Akteuren, Zielen, Vorgehensweise, Kontext und Wirkung, in: Pfahl-Traughber (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), 141–165

Hartleb (2012) Pro Deutschland. Auf dem Ticket eines Schmähvideos zur islamfeindlichen Bürgerbewegung?

Häusler (Hrsg.) (2016) Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung

Heitmeyer (Hrsg.) (2002-2012) Deutsche Zustände, Folge 1-10

Jesse (2015) Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge

Jesse (2017) Phänomen Pegida. Literaturbericht, in: Zeitschrift für Politik 64 (1), 77-88

Jesse (Hrsg.) (2015) Wie gefährlich ist Extremismus? (Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft)

Jesse/Thieme (Hrsg.) 2011 Extremismus in den EU-Staaten

Kahmann (2012) Extremismustheorie als Vergangenheitsbewältigung. Über die geschichtspolitischen Motive eines politikwissenschaftlichen Netzwerks, in: Probleme des Klassenkampfs 42 (3), 483-499

Koopmans (1995) A Burning Question. Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe

Kopke/Rensmann (2000) Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (12), 1451-1462

Lang (2016) Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer, in: Backes/Gallus/Jesse (Hrsg.) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, 188-206

Lipset (1959) Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (3), 401-44

Meier (2015) Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001-2014

Neu (2009) Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen

Patzelt/Klose (2016) PEGIDA. Warnsignale aus Dresden

Pfahl-Traughber (2010) Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge, in: Pfahl-Traughber (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 61-86

Rehberg/Kunz/Schlinzig (Hrsg.) (2016) PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung

Schedler/Häusler (Hrsg.) (2011) Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung

Schroeder/Deutz-Schroeder (2015) Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!

Thein (2009) Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel. Eine Fallstudie

Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015 (2016)

Wegener (2016) Geistige Brandstiftung oder strategische Alternative? Zum Zusammenhang zwischen Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte, in: Pfahl-Traughber (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), 61-90

Weiß (2017) Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes

Zick/Klein (2014) Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Zick/Küpper/Klein (2016) Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Kontakt:

*Prof. Dr. em. Eckhard Jesse, Diplom-Politologe
Lehrstuhl für politische Institutionen und politische Systeme
Institut für Politikwissenschaft
Technische Universität Chemnitz
09126 Chemnitz
eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de*